

Amt der Tiroler Landesregierung

Verfassungsdienst

**Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Tiroler Campinggesetz 2001 geändert wird;
dringliche Regierungsvorlage**

REGIERUNGSANTRAG

Geschäftszahl – bei Antworten bitte angeben

VD-203/106-2021

Innsbruck, 27.01.2021

Vorgetragen in der Sitzung der Landesregierung am
unter dem Vorsitz des

Landeshauptmannes **Günther Platter**

Anwesend:

Landeshauptmannstellvertreter **ÖR Josef Geisler**

Landeshauptmannstellvertreterin **Mag.^a Ingrid Felipe Saint Hilaire**

Landesrätin **DIⁱⁿ Gabriele Fischer**

Landesrätin **Dr.ⁱⁿ Beate Palfrader**

Landesrat **Dr. Bernhard Tilg**

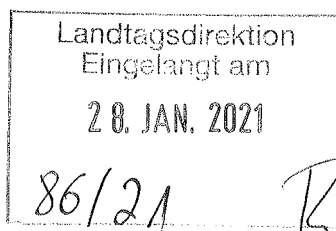
Landesrat **Mag. Johannes Tratter**

Landesrätin **KRⁱⁿ Patrizia Zoller-Frischauf**

Landesamtsdirektor **Dr. Herbert Forster**

Schriftführer:

VD-203/106-2021



LH Günther Platter

Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Tiroler Campinggesetz 2001 geändert wird;
dringliche Regierungsvorlage

A n t r a g

Der beiliegende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Tiroler Campinggesetz 2001 geändert wird, wird als dringliche Regierungsvorlage beschlossen und dem Landtag zur weiteren Behandlung vorgelegt.

B e g r ü n d u n g

Konkrete Projekte in zwei Tiroler Gemeinden betreffend die Errichtung von Luxusmobilheimen und deren Finanzierung haben zu einer intensiven öffentlichen Debatte geführt. Eine Umgehung bestehender Freizeitwohnsitzregelungen durch Investorenmodelle mit Chaletdorfcharakter steht im Raum.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Notwendigkeit, derartige Entwicklungen hintanzuhalten und soll daher eine entsprechende Änderung des Tiroler Campinggesetzes 2001 noch im Februar-Landtag herbeigeführt werden.

Im Übrigen wird auf die dem Gesetzentwurf beigegebenen Erläuternden Bemerkungen verwiesen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Absicht besteht, sämtliche Bestimmungen des Tiroler Campinggesetzes 2001 hinsichtlich ihrer Aktualität und Zweckmäßigkeit zu überprüfen und binnen Jahresfrist ein etwaiges über das gegenständliche Vorhaben hinausgehendes Novellierungsverfahren einzuleiten.

Verfassungsdienst
Innsbruck, am 27. Jänner 2021